

Kein Konzept bei Habeck

VON ANTJE HÖNING

Dieser Winter wird für Verbraucher trübe: Die Gefahr einer Gasmangellage ist zwar nahezu gebannt, was sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ans Revers heften kann. Doch bei den Kosten sieht es finster aus. Ursache ist eine Mischung aus sinnvoller Klimapolitik, Notoperationen zur Haushaltsrettung und grüner Tatenlosigkeit. So wurde von Ökonomen stets gefordert, dass die Regierung den CO₂-Preis erhöht. Damit bekommt die Belastung des Klimas einen Preis und sendet die richtigen Signale, effizienter zu fahren und zu heizen. Sinnvoll ist es auch, die Preisbremsen zu streichen, für die die Ampel Milliarden verschwendet hat. Allerdings fordern Ökonomen auch, dass es parallel zum CO₂-Preis ein Klimageld geben muss, um bedürftige Haushalte nicht zu überfordern. Hier ist kein Konzept in Sicht. Das gilt auch für andere Baustellen: Bis heute weiß RWE nicht, ob zwei große Braunkohleblöcke länger laufen sollen – Habeck sollte bis September entscheiden und drückt sich. Fehlangezeigt auch bei der Kraftwerksstrategie: Nicht weniger als 50 neue Gasblöcke braucht Deutschland, und die müssen rasch gebaut werden, sonst kann es 2030 keinen Kohleausstieg geben. Versorger und Verbraucher wissen nicht einmal, ob die Mehrwertsteuer auf Gas nun in zwei oder drei Monaten steigt. Ein Unding. Will die Ampel nicht, oder kann sie nicht?

Die Konzepte der Opposition sind nicht überzeugender. Union und AfD halten eine Renaissance der Kernkraft für den Joker. Das ist er nicht. Gewiss hätte man die letzten drei Meiler länger laufen lassen können. Doch ihr Beitrag zur Energieversorgung war überschaubar. Neue Meiler sind viel zu teuer, ihr Bau braucht zu lange. Mit einfachen Wahrheiten wird man die Energiewende nicht schaffen. Habeck muss in den nächsten Wochen nachliefern. Sonst geht ausgerechnet der Grüne als Kohleminister in die Geschichte ein.

Alle Trümpfe bei Lindner

VON HAGEN STRAUSS

Mal ganz abgesehen davon, dass die FDP bei einem anderen Ausgang der Mitgliederbefragung vermutlich einen Sonderparteitag einberufen und der dann den Verbleib in der Koalition beschlossen hätte – für FDP-Chef Christian Lindner bleiben die Zeiten trotz des knappen Votums pro Ampel politisch ungemütlich. Beim anstehenden Dreikönigstreffen muss der Oberliberale der durchaus verzagten Ampel-Partei FDP einen neuen Weg weisen, wie er sie in diesem so wichtigen Wahljahr aufstellen will. Europa wählt, dazu drei Bundesländer im Osten, und es finden auch noch einige Kommunalwahlen statt, die aber für die kleine FDP weniger bedeutend sein dürften. Es braucht also eine neue liberale Strategie, die zum einen die Freidemokraten in dem Berliner Dreierbündnis erkennbarer macht, ohne dass sie nur Opposition in der Regierung wäre. Das hat sich bisher nicht ausgezahlt. Und zum anderen hat auch die FDP als Regierungspartei die Aufgabe, das Land mit aus der Ampel-Lethargie zu befreien. Ansonsten könnte die Quittung dann spätestens 2025 bei der Bundestagswahl folgen.

Einfach wird das nicht. Aber Lindner ist ein politisches Chamäleon, der schon so manche Krise durch geschickte Wandlung überstanden hat. Einst sprach er von einem mitfühlenden Liberalismus, dann bemühte er wieder klassische FDP-Themen, um zwischenzeitlich auch mal als Posterboy der Partei in einen Wahlkampf zu ziehen.

In der Bundesregierung hält der Finanzminister zudem alle Trümpfe in der Hand, auch wenn er in Zeiten der Haushaltskrise den heikelsten Job hat. Aber Lindner kann über die Finanzpolitik die inhaltliche Ausrichtung der Ampel viel mehr steuern als andere. Und damit auch die Liberalen stärker profilieren. Darin liegt nun eine große Chance für die FDP in dem auch für sie heiklen Jahr 2024 – sie muss sie nur endlich nutzen.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Jedes Jahr zahlt der Staat beiden christlichen Kirchen als Entschädigung für enteigneten Besitz aus dem Jahr 1803 viel Geld. Allein 2023 waren es mehr als 600 Millionen Euro. Wie lange noch?

Entschädigung ohne Ende

VON LOTHAR SCHRÖDER

So komisch es klingen mag: An den Kirchen kommt hierzulande auch 2024 niemand vorbei – ganz gleich, ob gläubig oder ungläubig, ob Mitglied oder Außenstehender. Zumindest finanziell. Denn an den sogenannten Staatsleistungen, die neben der Kirchensteuer jedes Jahr an beide christlichen Kirchen gezahlt werden, sind alle steuerpflichtigen Bürger beteiligt. Und es sind keine Kleckerbeträge: Im vergangenen Jahr waren es 602 Millionen Euro, die auf diesem Wege in die Kassen der katholischen und evangelischen Kirche flossen. Es ist der bisherige Rekordwert: 1949 zahlte die Bundesrepublik umgerechnet 23,3 Millionen Euro, im Jahr der Wiedervereinigung wuchs die Summe 1990 auf 268 Millionen Euro, vor zehn Jahren wurden 485 Millionen geleistet. Viele Bürger wissen das nicht, andere nehmen es stillschweigend zur Kenntnis, nicht wenige aber ärgern sich über diese Sonderzahlungen und fragen zunehmend lauter: Wofür eigentlich?

Die kurze Antwort auf einen komplexen Sachverhalt: Die Zahlungen sind ein Ausgleich für die Enteignung von Kirchenbesitz im Jahr der Säkularisierung 1803. Die etwas längere Erklärung: In den Napoleonischen Kriegen verloren die deutschen Fürsten linksrheinische Gebiete an Frankreich. Auf der Suche nach möglichen Entschädigungen fiel der Blick auf die Reichtümer der Kirche. Im „Reichsdeputationshauptschluss“ wurde die Enteignung kirchlicher Territorien beschlossene Sache. Zum Ausgleich verpflichteten sich die weltlichen Herrscher zu Ersatzzahlungen an die Kirchen – unter anderem für die Besoldung der Pfarrer und Bischöfe.

Über 200 Jahre ist das nun her, und es gibt Sachverständige, die errechnen haben, dass den Kirchen allein in den vergangenen 100 Jahren dadurch das

194-Fache des ursprünglichen Vermögenswertes zukam – bei einer jährlichen Verzinsung von drei Prozent. Das ist auch den Politikern ein Dorn im Auge, nicht erst seit gestern. Bereits in der Weimarer Republik wurde beschlossen, über Schritte einer finanziellen Ablösung dieser „Altlast“ nachzudenken.

Mehr noch: Es wurde sogar zum Verfassungsauftrag! So heißt es im Artikel 138 der Weimarer Reichsverfassung von 1919: „Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst.“ Wahrgenommen wurde der Verfassungsauftrag aber nicht, weshalb er 1949 ins Grundgesetz übernommen und im Artikel 140 hinterlegt wurde. Seitdem steht er auf der staatskirchenrechtlichen To-do-Liste – mit gelegentlichen Ambitionen, den Verfassungsauftrag zu erfüllen.

Bereits 1919 wurde beschlossen, über Schritte einer finanziellen Ablösung nachzudenken

So gab es 1924 einen ersten Referententwurf zur Ablösung der Staatsleistungen, während im 21. Jahrhundert die Linke 2012 eine Gesetzesinitiative startete und damit vor dem Bundestag ebenso scheiterte wie eine Unternehmung vor vier Jahren durch Linke, Grüne und FDP. Als Arbeitsaufgabe findet sich das Vorhaben auch im Koalitionsvertrag der Ampel mit neuen Beratungen und behutsamen Fortschritten.

Das hat Gründe. Zum einen ist es die Höhe der abschließenden Einmalzahlung. Soll es das Zehn- oder 15-Fache der jährlichen Staatsleistung sein? Oder gar das 25-Fache? Favorisiert wird immer mal wieder der Ablösungsfaktor 18,6 – und das wären nach jüngstem Stand knapp 11,2 Milliarden Euro. Auf einen, aber dann auch letzten Schlag. Dass sich dazu niemand durchringen mag, hat drei Ursachen. Zum einen ist da das Bund-Länder-Verhältnis. Denn im übernommenen Weimarer Verfassungsauftrag heißt es, dass „die

INFO

Rekord bei Austritten aus katholischer Kirche

Staatsleistungen Im Jahr 2023 erhielten die christlichen Kirchen in Deutschland rund 602 Millionen Euro in Form von zusätzlichen Leistungen durch den Staat. Das Geld wird als Entschädigung für enteignete Kirchengüter im Jahr 1803 gezahlt. Das Gesetz der Staatsleistungen und der Auftrag für die Ablösung der Zahlungen an die Kirchen findet sich erstmals in der Weimarer Reichsverfassung 1919 und wurde 1949 in Grundgesetz übernommen.

Kirchensteuern Im Jahr 2022 nahm die katholische Kirche rund 6,85 Milliarden Euro ein. Die evangelische Kirche nahm etwa 6,24 Milliarden Euro durch die Kirchensteuer ein.

Kirchenaustritte 2022 traten hierzulande rund 380.000 Personen aus der evangelischen Kirche aus, aus der katholischen Kirche traten im gleichen Jahr insgesamt 522.821 Personen aus. Damit stieg die Anzahl der Austritte aus der katholischen Kirche in Deutschland auf einen neuen Rekordwert.

Buchtipps Thomas Schüller: Unheilige Allianz. Warum sich Staat und Kirche trennen müssen. Hanser, 210 Seiten, 22 Euro.



Blick in eine leere Kirche in Baden-Württemberg. FOTO: DPA

Grundsätze hierfür das Reich aufstellte“. Im Klartext: Der Bund würde die Ablösung beschließen, aber die Länder müssten sie bezahlen. Angesichts zunehmender klammer Kassen ist der Widerstand aus den Ländern verständlich. Kirchliche Schulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind Ländersache. „Dort spielt die Musik der Religionspolitik, nicht in Berlin“, so der Münsteraner Kirchenrechtler Thomas Schüller in seinem jüngsten Buch über das Verhältnis von Staat und Kirche mit dem sprechenden Titel „Unheilige Allianz“.

Hinzu kommt die unterschiedliche Finanzlage der Kirchen in Deutschland: Denn während die Staatsleistungen in den NRW-Bistümern nur etwas mehr als zwei Prozent ihrer Haushalte ausmachen, und sie deshalb einer möglichen Ablösung gelassen entgegenschauen, trägt ihr Anteil in der Mitteldeutschen Evangelischen Landeskirche mehr als 15 Prozent. Schließlich: Kirchen übernehmen bis heute Pflichtaufgaben für den Staat, insofern sind die noch bezahlbaren Staatsleistungen eine klassische Win-win-Situation. „Noch will man die finanzstarken Kirchen in ihrem gesellschaftlich relevanten Engagement nicht missen und ist dafür bereit, trotz Verfassungsauftrag und vielleicht sogar einem Ablösungsgesetz auf Zeit zu spielen“, so Schüller.

Warum also das funktionierende Verhältnis von Staat und Kirche ohne Not aufkündigen? Zumindest eine radikale Trennung mit einer baldigen Ablösung der Staatsleistung wäre auch aus Schüller's Sicht unverantwortlich. Vielmehr plädiert er für einen allmählichen Abbau von kirchlichen Monostrukturen im Gesundheits- und Bildungswesen. Weniger behutsam argumentiert der Regensburger Dogmatiker Wolfgang Beinert und fragt: Warum soll der Staat eine Religionsgemeinschaft privilegieren, zu deren Mitgliedern bald nur noch 25 Prozent der Bevölkerung zählen und die sich dem demokratischen Gleichheitsprinzip unverdrossen widersetzen bei „fortdauernder Reformallergie“?

WISSENSDRANG

Die beste Neujahrsansprache hielt nicht der Scholzomat, sondern Nick Cave: Komponist und Sänger der düsteren Erkennungsmelodie Red Right Hand aus der fabelhaften Serie Peaky Blinders. Gefragt nach seinen drei Lieblingswörtern nannte er nicht Blut, Rasierklingen und Whisky, sondern allerdings, andererseits und dennoch. Für die meisten Menschen fade Füllwörter, für Nick Cave eine Herzensangelegenheit. Er liebe diese Wörter, sagte er, weil sie dazu dienen, zunächst eine bestimmte Sichtweise eines Problems zu würdigen und dann den Übergang zu einer anderen zu finden, die ebenfalls wichtig ist und eine neue Sicht der Dinge eröffnet. Mithilfe dieser Worte versuche er immer wieder, seine eigenen Gedanken zu hinterfragen und her-

Drei Wörter als Wundermittel

Sie helfen bei der Problembetrachtung: „allerdings“, „andererseits“ und „dennoch“.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

auszufinden, was aus der Sicht anderer dagegen einzuwenden sei. Und er habe festgestellt, dass es nur sehr wenige Konflikte und Meinungsverschiedenheiten gebe, bei denen diese drei unscheinbaren Worte nicht helfen könnten, die eigenen Ideen mit denen anderer zu vermitteln und das Gespräch auf eine breitere Faktengrundlage zu stellen. Diese drei kleinen Wörter, so Cave, verhindern, dass die eigenen Überzeugungen in engstirniger und liebloser Strenge erstarren, und verleihen ihnen so erst eine gewisse Menschlichkeit. Denn in der Verwendung von allerdings, andererseits und dennoch tritt nicht nur die intellektuelle Fähigkeit zutage, zwei gegensätzliche Ideen gleichzeitig zu betrachten. Die kleinen Füllwörter ebnet auch den Weg für Empathie. Sie lassen die Fähigkeit und

den Willen durchscheinen, die andere Seite verstehen zu wollen. Und in einer Zeit, in der die soziale Welt immer mehr in verschiedene Fraktionen zerfällt, würden die von ihnen ausgehenden Signale immer wichtiger. Sie seien ein natürliches Gegengift gegen Polarisierung, Selbstgerechtigkeit, Intoleranz und Hybris, denn sie könnten jede künstliche Empörung im Keim ersticken. Entsprechend lautet Nick Caves Vorschlag für das kommende Jahr: mehr Offenheit und Verständnis für andere Standpunkte.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.